

# CDU erteilt ETS-Mindestpreis eine Absage

**(Montel) Die CDU wird sich nach der Bundestagswahl im kommenden Monat, die sie nach aktuellen Umfragen gewinnen dürfte, nicht auf einen CO2-Mindestpreis einlassen, sagte der energiepolitische Sprecher der Unionsfraktion, Joachim Pfeiffer, zu Montel.**

„Der Emissionshandel ist ein Instrument zur Steuerung der Emissionsmengen und nicht zur Steuerung der Preise“, sagte Pfeiffer.

Deutschland hatte sich in der Vergangenheit reserviert gegenüber der Einführung eines Mindestpreises im CO2-Markt gezeigt. In Frankreich steht dagegen aktuell ein nationaler Alleingang nach britischem Vorbild zur Debatte.

In diesem Zusammenhang hatte das Land auch das Gespräch mit Deutschland gesucht, um ein gemeinsames Vorgehen im Emissionshandel ETS abzustimmen, da die Preise seit geraumer Zeit nur um 5 EUR/t liegen und somit keine Investitionen in CO2-arme Technologien anreizen.

Pfeiffer kritisierte allerdings das Vorgehen Frankreichs und Englands. „Konkurrierende nationale Maßnahmen, allen voran das EEG und der Klimaschutzplan, sind die eigentlichen Hemmnisse dafür, dass der Emissionshandel seine Wirkung nicht entfalten kann.“

Der deutsche CO2-Ausstoß war im ersten Halbjahr nach Berechnungen von Agora Energiewende um 1% gestiegen trotz des Erneuerbaren-Ausbaus.

Im vergangenen Jahr lagen die Treibhausgasemissionen um 28% unter dem Niveau von 1990, was unverändert zu 2009 ist und deutlich entfernt von den von der Bundesregierung angepeilten 40% bis 2020.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte vor kurzem „zusätzliche Maßnahmen“ zur Überbrückung der Lücke in Aussicht gestellt, dabei allerdings keine konkreten Beispiele genannt.

## **Paneuropäische Ausschreibungen**

Den Wechsel beim Ausbau der Erneuerbaren weg von einer festen Einspeisevergütung und hin zu Ausschreibungen begrüßte Pfeiffer und sprach sich für weitere Schritte in dieser Richtung aus.

„Ausschreibungen sollten europaweit und technologieneutral erfolgen“, forderte Pfeiffer.

Zudem müssten Förderkonzepte für Erneuerbare und geplante Kapazitätsmechanismen auf EU-Ebene harmonisiert werden, um die Energieversorgung insgesamt „wettbewerblischer und effizienter auszugestalten“.

## **Kosten unter Kontrolle bringen**

Der Bundestagsabgeordnete forderte zudem eine Grenze für die Ausgaben, mit denen bis zur Mitte des Jahrhunderts ein Erneuerbaren-Anteil von 80% an der Energieversorgung erreicht werden soll. Das Land habe sich bereits auf Kosten in Höhe von 550 Mrd. EUR eingelassen und davon bisher erst 150 Mrd. EUR gezahlt.

Es sei unter anderem notwendig, das bestehende Einspeisemanagement zu ändern, das zur Stabilisierung der Stromnetze notwendig ist, in der Vergangenheit aber zu immer weiter steigenden Kosten geführt hatte.

„Die Entschädigungszahlungen müssen abgesenkt werden, um Anreize zum Beispiel für eine marktgetriebene Sektorkopplung zu schaffen“, sagte Pfeiffer.

In jüngeren Umfragen liegt die CDU mit 40% um 17 Punkte vor ihrem aktuellen Koalitionspartner SPD. Pfeiffer bezeichnete die FDP als Wunschpartner, sofern die Liberalen am 24. September den Wiedereintritt in den Bundestag schaffen. Derzeit steht die Partei bei 8%.

Bericht:

Nathan Witkop

[nathan@montel.no](mailto:nathan@montel.no)

16:48, Wednesday, 9 August 2017

Bearbeitung:

Jeff Coelho

[jeff@montel.no](mailto:jeff@montel.no)

16:48, Wednesday, 9 August 2017

Übersetzung:

Christian Driessen

[christian.driessen@montel.de](mailto:christian.driessen@montel.de)

16:48, Wednesday, 9 August 2017

**Related news:**